

2422/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dolinschek, Böhacker, Blünegger  
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Lehrlinge im Bundesdienst

Die Koalitionsparteien haben im Koalitionsübereinkommen vom 11. März 1996 unter der Überschrift "Budgetkonsolidierungsprogramm des Bundes" eine Reduktion der Zahl der öffentlich Bediensteten des Bundes um 11.000 bis Ende 1997 und äquivalente Maßnahmen bei sonstigen öffentlichen Körperschaften vereinbart. Abgesehen dessen, daß ein derartiger Beschluß ohne die gleichzeitige Einleitung entsprechender Strukturreformen (umfassende Verwaltungsreform, Rechtsbereinigung, leistungsorientiertes Dienstrecht, Bürokratieabbau) nur ein Beweis für Einfallsllosigkeit ist, kann ein derartiger Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst im wesentlichen nur durch den natürlichen Abgang im Wege von Pensionierungen bei gleichzeitigem Aufnahmestopp bzw. äußerst restriktiver Aufnahmepolitik erfolgen. Wenn aber die Nachfrage des öffentlichen Dienstes am Arbeitsmarkt für mehrere Jahre ausfällt, wird sich die Arbeitsmarktsituation im Bereich der Jugend, vor allem unmittelbar nach Abschluß der Schulausbildung, noch weiter erheblich verschlechtern, was eine enorme Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit befürchten läßt.

Tatsächlich wurde im Bundesdienst bereits eine Aufnahmesperre verfügt, die bis zum Jahr 2000 gelten soll, darüber hinaus wurden früher bestehende Ausbildungsplätze für Jugendliche gestrichen, die Durchführung der Eignungsausbildung beendet, werden befristete Verträge für Ersatzkräfte nicht mehr verlängert und wird sogar die Kündigung von Vertragsbediensteten, die ursprünglich als Ersatzkräfte für Karenzurlauberrinnen aufgenommen wurden, überlegt. Alle diese Maßnahmen gehen zu Lasten unserer Jugend.

Es ist daher festzustellen, daß sich die Gebietskörperschaften, insbesondere der Bund, jeglicher Verantwortung für die Beschäftigung der Jugend entziehen. Während von der privaten Wirtschaft ein ausreichendes Lehrstellenangebot verlangt wird, wird von den öffentlichen

Dienstgebern, so zum Beispiel vom Bund, einfach ein mehrjähriger Aufnahmestopp verkündet, ohne einen einzigen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Diese Flucht aus der Verantwortung für das wertvollste Kapitel, nämlich die Jugend, ist bezeichnend für die inaktive Politik dieser Bundesregierung, die unwillig und unfähig ist, sich wirklich mit den Zukunftsfragen Österreichs zu befassen.

Die Unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

ANFRAGE

1. Wie viele Lehrlinge wurden vom Bund in den letzten Jahren seit 1994

- a) bei der ÖBB
- b) bei der Post (nunmehr PTA)
- c) in den einzelnen Ressorts ausgebildet?

2. Wie viele Lehrlinge stehen zum Zeitpunkt 1. Mai 1997

- a) bei der ÖBB
- b) bei der Post (nunmehr PTA)
- c) in den einzelnen Ressorts in Ausbildung?

3. Wie viele anderen Ausbildungsplätze für junge Menschen (Planstellen für Jugendliche, Eignungspraktikanten) bestehen zum Stichtag 1. Mai 1997

- a) bei der ÖBB
- b) bei der Post (nunmehr PTA)
- c) in den einzelnen Ressorts

und wie viele davon sind tatsächlich besetzt?

4. Weshalb unternimmt der Bund keine größeren Anstrengungen, an der Ausbildung junger Menschen mitzuwirken?

5. Sind Sie der Auffassung, daß der bisherige bzw. gegenwärtige Zustand geeignet ist, das Ausbildungsdefizit und insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit zu erhöhen?

Wenn ja, warum werden keine zielführenden Anstrengungen unternommen, dieser Entwicklung entgegenzutreten?

Wenn nein, auf Grund welcher Erwägungen gelangen Sie zu einer derartigen Auffassung?

6. Ist beabsichtigt, die Einrichtung der Eignungsausbildung zu reaktivieren bzw. zu reformieren?

Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind geplant?

Wenn nein, warum nicht?